

Resolution **der gewerkschaftlichen Ruhrkonferenz in Bochum**

Mit Sozialstaat und Mitbestimmung gegen Rechtspopulismus und soziale Spaltung

Spätestens seit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union ist für alle sichtbar, dass Rechtspopulisten auf dem Vormarsch sind und die politische Landkarte verändern. Die soziale Spaltung der westlichen Gesellschaft und die damit einhergehende Schwächung der Gewerkschaften in allen westlichen Ländern haben zu einer krassen Umverteilung von Macht und Vermögen von unten nach oben geführt. Rechtspopulisten nutzen die Abstiegsängste der Mittelschichten und die zunehmende Machtlosigkeit wirtschaftlich abgehängter Arbeitnehmerschichten, um die derzeitigen politischen Eliten abzulösen. Sie bieten jedoch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weder ein Wohlstandsversprechen, noch ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit oder gar Mitbestimmung. Sie wollen die soziale Spaltung vertiefen und Menschen allein wegen ihrer Herkunft ausgrenzen. Ein politisches „Weiter so“ darf es deshalb nicht geben.

Auch im Ruhrgebiet brodelte es gewaltig. Der Strukturwandel mit seinem großen Verlust an industriellen Arbeitsplätzen und die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit bringen viele Menschen um Aufstiegsperspektiven und soziale Sicherheit. Für prekär Beschäftigte ist die Schaffung sozialer Sicherheit aus eigener Kraft meist nicht mehr möglich. Hier, wo die Montanbestimmung und die Betriebsverfassung durchgesetzt wurden, verlangen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die Rückbesinnung auf die Ausstrahlungskraft der sozialen Marktwirtschaft. Dies ist der einzige Weg, um den zunehmenden Rechtspopulismus zu stoppen und die noch tiefere Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer zu beenden. Wir fordern deshalb die Politik zu einem Kurswechsel auf.

Wir verlangen:

- die Beseitigung des Niedriglohnssektors, damit sich Menschen in der Regel wieder von ihrer Hände Arbeit leben und sich versorgen können.
- die gesetzliche Herstellung der „Augenhöhe“ von Kapital und Arbeit in allen Unternehmen und Betrieben durch mehr Mitbestimmung.
- ein Steuersystem, mit dessen Hilfe Lasten gerechter verteilt werden.
- finanziell handlungsfähige Städte und Gemeinden, die die öffentliche Daseinsvorsorge organisieren können.
- die strategische Absicherung und nachhaltige Erneuerung der industriellen und infrastrukturellen Basis (vor allem im Ruhrgebiet)
- ein Bildungssystem, das die Auslese nicht verstärkt, sondern beendet.
- ein paritätisch finanziertes Sozialsystem mit Lebensstandard sichernder Rente.

Mit diesen Forderungen wollen wir das Erbe der Begründer von Sozialstaat und sozialer Marktwirtschaft sichern. Dieses Erbe war und ist für uns noch immer ein Zukunftsversprechen, das Aufstieg und Wohlstand für alle wieder in Aussicht stellt – im Ruhrgebiet und darüber hinaus. Und es ist ein sozialpartnerschaftliches Projekt mit all jenen Unternehmen, die für gute Produkte, faire Entlohnung und Mitbestimmung stehen.

Bochum, den 29.11.2016